

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Mitgliederversammlung

Über 50 Mitglieder und Gäste nahmen am 27. März an der jährlichen Mitgliederversammlung unseres Verbandes teil, darunter Daniela Trochowski, Staatssekretärin im MdF des Landes Brandenburg, Matthias Loehr, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag, und Thomas Deterding, Vorsitzender des GWÖ-Vereins Berlin-Brandenburg.

Zu Beginn seines Referats gedachte der Vorsitzende des Vorstands Rolf Sukowski der Opfer der Flugzeugkatastrophe in den französischen Alpen. Auf Grundlage des Berichts des Vorstandes ging er anschließend auf die Ergebnisse der Arbeit im 20. Jahr des Bestehens von OWUS ein. Im Mittelpunkt stand die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober durchgeführte Konferenz zur Gemeinwohl-Ökonomie. Kritisch setzte er sich mit der mangelnden Resonanz seitens der Politik bei der Unterstützung der kleinen Unternehmer zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie bei deren sozialer Absicherung auseinander. Diese Punkte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleinunternehmer und Solo-Selbständige werden auch in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der Arbeit des Verbandes stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Referat sowie in der Diskussion war die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikation innerhalb des Verbandes. Der Vorstand regte an, die Erfahrungen des bereits seit 17 Jahren durchgeführten Linken Wirtschaftsforums Marzahn-Hellersdorf auch in anderen Berliner Stadtbezirken sowie Brandenburger Regionen aufzunehmen und in Zusammenarbeit mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten vor Ort sowie den lokalen Parteigremien ähnliche Veranstaltungen zu organisieren. Dabei sollen die Mitglieder von OWUS ihren praktischen wirtschaftlichen Sachverstand in die Debatten einbringen und damit zugleich einem gegenüber den Kleinunternehmern immer noch anzutreffenden „Ausbeuterimage“ konstruktiv entgegenreten.

Der OWUS-Vorsitzende nahm in seinem Referat auch zu aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen Stellung wie TTIP und CETA sowie der Griechenlandpolitik der EU. In Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit Russland verurteilte er die Haltung der Bundesregierung zum bevorstehenden 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Das Andenken insbesondere an die gefallenen Sowjetsoldaten wird kurzfristigen politischen Kontroversen geopfert. Er unterstrich, dass OWUS als ein politischer Verband in diesen Fragen kein Neutrum sein kann und einen klaren Standpunkt beziehen wird.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die im Referat und den Arbeitsschwerpunkten angesprochenen Fragen. In Auswertung eines Treffens in der Uckermark (siehe im Newsletter weiter unten) wurde die Notwendigkeit auch einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsunternehmen sowie ökonomischer Hilfe, z.B. durch Bildungsangebote, angesprochen. Hinsichtlich der sozialen Absicherung wurde verlangt, konkrete Vorschläge auszuarbeiten, die gesetzesfähig sein müssen, um sie den Vertretern von Politik und anderen Verbänden vorlegen zu können. Die allgemeine Aufforderung an die Politik „Kümmert Euch“, reicht nicht mehr aus. Matthias Loehr bot eine noch engere

Zusammenarbeit von OWUS mit der Landtagsfraktion DIE LINKE an, um auch konkrete Projekte gemeinsam umzusetzen.

Mit einem überaus interessanten Vortrag zu den Verhandlungen über die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs brachte Daniela Trochowski den Teilnehmern ein Thema nahe, das zwar abseits unserer täglichen Arbeit liegt, aber sehr starke Auswirkungen haben wird. Umfassend informierte sie über die Interessenlage des Landes Brandenburg und die Auseinandersetzungen zwischen Geber- und Nehmerländern.

Anlässlich der Mitgliederversammlung stellte der Bildungsverein am Kreuzpfuhl e.V. den Antrag auf Mitgliedschaft in unserem Verband.

Die Dokumente der Versammlung – Referat, Bericht und Arbeitsschwerpunkte – werden in den nächsten Tagen auf unserer Homepage veröffentlicht (http://www.owus.de/owus_berlin_brandenburg.html)



Unternehmerfrühstück in Marzahn mit Gregor Gysi



Im 17. Jahr des Bestehens des Unternehmerfrühstücks mit Petra Pau des Linken Wirtschaftsforums und OWUS Berlin/Brandenburg, trafen am 27. März 2015 im Marzahner Kulturgut, über 50 UnternehmerInnen und Selbstständige, den Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei im Bundestag, Gregor Gysi.

Thema sollte eigentlich die Darstellung der Politik der Oppositionspartei im Bundestag sein, aber Gregor Gysi sprach zu Beginn über die derzeitige politische und wirtschaftliche Situation in Europa und in der Welt. Dabei streifte er die Lage in Griechenland und die diesbezügliche deutsche Politik genauso, wie die Situation in der Ukraine und Entwicklung in China.

Neben Fragen der Anwesenden zur allgemeinen politischen Situation standen natürlich auch Probleme der kleinen Unternehmen und Selbstständigen im Mittelpunkt. Kreditvergabeprobleme, soziale Absicherung der Kleinunternehmer und Mindestlohn sollen hier genannt werden. Auch die Zielsetzung der „Zukunftswoche“ der Linkspartei im April 2015 wurde thematisiert.

Enttäuschend allerdings die Antworten des Fraktionsvorsitzenden zu unseren konkreten Problemen. Die Darstellung des Werdeganges seiner Mitgliedschaft in der Mittelstandsvereinigung hätte dann einen gewissen Wert gehabt, wenn er konkrete Punkte angesprochen hätte, mit denen er in diesem Gremium für die Interessen der kleinen Unternehmen kämpfen wollte, aber weitgefehlt. Den Hinweis seinerseits, unsere Themen dem zuständigen Fraktionskollegen mitzuteilen, war uns einfach zu wenig, zumal wir nicht das erste Mal über diese Probleme mit der Linkspartei reden und jetzt Konkretes erwarten, als wiederum eine Delegation. Auch seine inhaltliche Unkenntnis über die

geplante „Zukunftswoche“ seiner Partei befremdete etwas. Man kann sicher nicht alles wissen, was in der eigenen Partei passiert, aber das war uns dann doch etwas wenig.

Dennoch werden wir die Hoffnung nicht aufgeben und mehr Engagement, gerade von der Linkspartei, für die kleinen Unternehmer und Selbstständigen einfordern.

Treffen mit Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in Prenzlau

Anfang März kam es zu einem Treffen von OWUS mit dem Kreisvorstand Uckermark in Prenzlau. Der KV hatte bereits verschiedene Gespräche mit ortsansässigen Unternehmenverbänden und unser Mitglied Wolfgang Ackermann hatte jetzt das fast anderthalbstündige Gespräch mit OWUS angeregt. Uwe Zimmermann vom Vorstand stellte unseren Verband, die Arbeit in den letzten 20 Jahren sowie unsere aktuellen Schwerpunkte vor. Es gab doch einen gewissen Nachholbedarf an Informationen über OWUS – warum seid Ihr nicht öffentlichkeitswirksamer? Wir hören hier nichts von Euch. Auch ein „typisches“ linkes Argument stand im Raum: Warum sollen wir uns um die Unternehmer kümmern? Schwerpunkt sollte doch die Situation der Angestellten in den kleinen Firmen sein, um die kümmert sich niemand. Dazu hatten unseren beiden Vertreter natürlich ihre Argumente. Vereinbart wurde eine punktuelle Zusammenarbeit vorzusehen. Konkrete Ideen sollen weiter diskutiert werden. Wenn es im Kreisverband Veranstaltungen zu Unternehmerfragen geben wird, werden wir gern wieder in die Uckermark kommen.

Neuer Präsident von Turbine Potsdam

Seit 01. März hat der 1. FFC Turbine Potsdam eine neue Führungsspitze – die Mitglieder wählten unser Verbandsmitglied und ehemaligen Vorsitzenden von OWUS Rolf Kutzmutz zum neuen Präsidenten. „Wir wollen die Tradition des Vereins zur Motivation nutzen, die Spielerinnen sollen sich bei uns Zuhause fühlen“, so Rolf Kutzmutz nach seiner Wahl. Wir gratulieren und wünschen dem neuen Präsidenten viel Erfolg. Sport frei, lieber Rolf!

Quelle: MAZ 28.02./01.03.2015

Kondolenz

Vielen war er aus OWUS-Reisen bekannt – Heinz Hinkelmann, er verunglückte bei einem Wildunfall Anfang März im Alter von 63 Jahre tödlich. Der Vorstand kondolierte gegenüber den Angehörigen und den Kollegen von tuk international.

Aus den Landesverbänden

20 Jahre OWUS-Sachsen e. V. – Wirtschaftsforum

Anlässlich seines 20-jährigen Bestehens lud der OWUS Sachsen e. V. am 28.03.2015 zum Wirtschaftsforum nach Chemnitz ein. In ihrer Eröffnungsrede unterstrich die Vorsitzende Luise Neuhaus-Wartenberg die Bedeutung der KMU für die Wirtschaft des Freistaates Sachsen. Sie umriss zahlreiche Felder, auf denen es Berührungspunkte zwischen linker Politik und KMU gibt.

In vier Impulsreferaten durch Dr. Dietmar Bartsch (MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE), Dr. Frank Thiel (MdB Sachsen-Anhalt, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE) sowie Dr. Ilse Lauter und Konrad Heinze wurden sowohl politische Themen als auch praktische Erfahrungen rund um die Themen KMU, Wirtschaftspolitik, Frauen in der Wirtschaft und Migrantinnen vorgestellt. Als Kernaussage dieser Runde kann wohl die Feststellung von Dr. Bartsch gesehen werden, dass man - wenn die Macht der Konzerne begrenzt werden soll - das Bündnis mit dem Mittelstand braucht. In diesem Tenor war auch das Grußwort des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Sachsen Rico Gebhardt gehalten.

In einer angeregten Diskussion wurde sowohl an die Geschichte des OWUS Sachsen erinnert als auch zahlreiche aktuelle Probleme der KMU angesprochen.

Gerd Beck

Presseerklärung von OWUS Thüringen vom 09. März 2015

Kleinunternehmen und Bildungsurlaub

Die im OWUS-Thüringen e. V. organisierten Unternehmer haben sich zum konstruktiv-kritischen Dialog mit der rot-rot-grünen Landesregierung bekannt.

Diesem Versprechen wollen wir mit unseren Standpunkten zum Bildungsfreistellungsgesetz nachkommen.

Unstreitig ist, dass der bisher vorliegende Gesetzentwurf weder aus Unternehmersicht noch aus Arbeitnehmersicht optimal ist.

So sehr wir begrüßen, dass Kleinstunternehmen entlastet werden, so sehr sehen wir es kritisch, dass die Entlastung der Kleinstunternehmen auf dem Rücken der dort beschäftigten Arbeitnehmer erfolgen soll.

Es sollte sich unter den Unternehmern herumgesprochen haben, dass auch und besonders Mitarbeiter in kleinen und mittleren Unternehmen neben hohen berufsfachlichen Kompetenzen zunehmend soziale Kompetenzen benötigen. Ebenso sehen wir mit Blick auf den anstehenden Generationswechsel in zahlreichen Betrieben die Notwendigkeit auch unter den eigenen Mitarbeitern Kompetenzen zur Unternehmensführung und zur unternehmerischen Selbstständigkeit auszubilden, denn nicht immer wird sich der Nachfolger in der Familie des bisherigen Unternehmers finden lassen.

Statt also gegen das Bildungsfreistellungsgesetz zu wettern, sollten die Kammern und Wirtschaftsverbände lieber ihre Kraft darauf verwenden, zügig gesetzeskonforme Bildungsangebote zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Betriebe orientieren. Ausbaufähige Beispiele dafür gibt es schon. Nur so ist es aus unserer Sicht möglich, den

Bildungsurlaub vom reinen Kostenfaktor zum Faktor für unternehmerischen Erfolg zu machen.

Aus Sicht der OWUS-Mitglieder sollten für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen Erstattungsregelungen für die Lohnkosten wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern oder Rheinland-Pfalz geschaffen werden.

Wir schlagen dazu vor, bei der GfAW einen Stipendienfonds aufzulegen, aus dem in Abhängigkeit von der Betriebsgröße Zuschüsse durch die Betriebe beantragt werden können. Dieser Fonds könnte aus Haushaltsmitteln, Zahlungen der Kammern und Gewerkschaften gespeist werden.

Wenn alle Beteiligten bereit sind, aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung aufeinander zuzugehen, sieht der OWUS-Thüringen e. V. gute Chancen noch ein gutes Bildungsfreistellungsgesetz zu erarbeiten, dass allen Beteiligten gerecht wird.

Gerd Beck

Vorsitzender OWUS-Thüringen e. V.

stellv. Vorsitzender OWUS-Dachverband e. V..

Wirtschaftsinformationen

Arbeitszimmer: Pluspunkt für Ruheständler

Viele Ruheständler, auch Mitglieder von OWUS, verdienen sich zur Rente etwas hinzu. Wenn sie das von zu Hause aus tun, haben sie gute Chancen, die Kosten für ihr häusliches Arbeitszimmer steuerlich absetzen zu können.

In einem aktuell veröffentlichten Urteil hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass ein Rentner, der nebenbei erwerbstätig ist, sämtliche Kosten seines häuslichen Arbeitszimmers geltend machen darf. Darüber informiert der Neue Verband der Lohnsteuerhilfevereine e.V. (NVL) aus Berlin. In dem entschiedenen Fall (Az. VIII R 3/12) hatte sich ein Ingenieur im Ruhestand im Keller seines Einfamilienhauses ein häusliches Arbeitszimmer eingerichtet. Er nutzte es für seine Tätigkeit als Gutachter.

Weniger Bürokratie geplant

Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgestellt, der ob seines Titels Hoffnung aufkommen lässt – das Bürokratieentlastungsgesetz. Doch allzu weit her ist es nicht mit dem Abbau von Bürokratie, handelt es sich doch im Wesentlichen um längst erforderliche Anpassungen von Grenzbeträgen und Schwellenwerten. Wohl die wichtigste Änderung ist die Erhöhung der Grenzwerte für die Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten. Es ist geplant die bisherigen Schwellenwerte für die bilanzierende Buchführungspflicht bei den Umsätzen von 500.000 EUR auf 600.000 EUR bzw. beim Gewinn aus Gewerbe von 50.000 EUR auf 60.000 EUR zu erhöhen. Eine Verpflichtung zur Aufstellung einer Bilanz nach HGB entfällt insoweit (§ 241a Satz 1, § 242 Abs. 4 HGB-E). Die Erhöhung der Schwellenwerte im HGB wird inhaltsgleich auch in die Abgabenordnung übernommen. Die Grenzen für Umsatz und Gewinn sollen ebenfalls steigen. Damit ist gewährleistet, dass für Zwecke der Buchführungspflicht ein Gleichklang besteht. Damit werden in der Praxis einige bisher buchführungspflichtige Betriebe ihren Gewinn künftig durch die einfachere Einnahme-Überschussrechnung ermitteln können.

Es sollen auch einige statistische Meldepflichten reduziert werden. Die Bundesregierung rechnet immerhin mit einer jährlichen Entlastung für die Wirtschaft i. H. v. 514 Mio. EUR. Doch allein 504 Mio. EUR entfallen auf die Anhebung der Schwellenwerte zur

Buchführungspflicht. Viele weitere sinnvolle Maßnahmen zum Bürokratieabbau sind jedoch erst für nachfolgende Änderungsgesetze im Laufe von 2015 und 2016 angekündigt.

Das Bürokratieentlastungsgesetz soll am 1.1.2016 in Kraft treten. Nur die geplanten Änderungen zum Einkommensteuergesetz, Energiewirtschaftsgesetz und zur Gasnetzzugangsverordnung sollen bereits am Tag nach der Verkündung gelten.

Steuerliche Verbesserungen

Die Bundesregierung hat am 25. März 2015 beschlossen, den steuerlichen Grundfreibetrag, den Kinderfreibetrag und das Kindergeld rückwirkend ab 1. Januar 2015 sowie den Kinderzuschlag ab 1. Juli 2016 anzuheben.

Der steuerliche Grundfreibetrag soll im Jahr 2015 von bisher 8.354 EUR um 118 EUR und im Jahr 2016 um weitere 180 EUR erhöht werden. Der Kinderfreibetrag soll von derzeit 7.008 EUR um 144 EUR im Jahr 2015 und um weitere 96 EUR im Jahr 2016 steigen. Grundlage dafür ist der 10. Existenzminimumbericht der Bundesregierung vom 30. Januar 2015.

Gleichzeitig soll das Kindergeld für 2015 und 2016 angehoben werden. Ab dem 1. Januar 2015 ist eine Erhöhung des Kindergeldes um monatlich 4 (in Worten: vier!!!) EUR je Kind und ab dem 1. Januar 2016 um weitere 2 EUR (!!!) je Kind vorgesehen. Wörtlich in der Mitteilung des BMF: *Die aktuellen Beschlüsse fügen sich in die familienfreundliche Politik der Bundesregierung ein.*

Die Bundesregierung hat außerdem beschlossen, den Kinderzuschlag ab dem 1. Juli 2016 um monatlich 20 EUR auf 160 EUR zu erhöhen. Der Kinderzuschlag kommt Eltern zugute, die zwar ihren eigenen Bedarf durch Erwerbseinkommen grundsätzlich bestreiten können, aber nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um den Bedarf ihrer Kinder zu decken.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/03/2015-03-25-PM14.html?source=stdNewsletter>

Veranstaltungen

? **Berliner Unternehmerforum „Nachhaltige Kooperation - gemeinsame Entwicklung zu Nachhaltigkeit“** am 20. Mai 2015 ab 18.30 Uhr im Café Budzinske, Pariser Straße 56, 10719 Berlin-Wilmersdorf – Information des GWÖ Berlin-Brandenburg e.V.:

Kooperationen in der Lieferkette, in Forschung und Entwicklung und die Zusammenarbeit mit Mitbewerber_innen für höhere Branchenstandards sind maßgebliche Hebel für nachhaltiges Wirtschaften:

- *Was bedeutet für Sie Kooperation?*
- *Welche Erfahrungen haben Sie dazu in der Vergangenheit gemacht?*
- *Welche Kooperationen waren bei Ihnen erfolgreich?*
- *Was macht eine gelungene Kooperation aus?*
- *Was be- oder verhindert das Gelingen einer Kooperation?*
- *Was haben Sie bereits mit gelungenen Kooperationen erreicht?*
- *Welche aktuellen Fragen und Probleme mit Kooperationen möchten Sie mit Ihren Unternehmerkollegen teilen?*
- *Welche Lösungsansätze haben Sie dazu entwickelt?*

Wir wollen uns dazu austauschen, daher verzichten wir diesmal auf Impulsvorträge und bitten alle Teilnehmer_innen, aus ihrem Erfahrungsschatz eine Geschichte mitzubringen,

aus der sie gelernt haben oder gegenwärtig lernen (wollen). Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns eine kurze Rückmeldung geben, ob Sie Interesse haben zu kommen: urte.toepfer@berlin.de

Unsere Geburtstagskinder für den April 2015

Jürgen Meergans	03.04.
Manfred Kietzmann	12.04.
Matthias Osterburg	18.04.
Lutz Amsel	19.04.
André Schwartz	19.04.
Heinz Schugowski	20.04.
Jurek Mühlmann	29.04.
Klaus Vehlow	30.04.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euch allen ein paar schöne, hoffentlich schneefreie Osterfeiertage!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de .